

## Einbürgerungstest ablehnen

Mit dem bundeseinheitlichen Einbürgerungstest sollen „Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland“ nachgewiesen werden. Diese werden ab dem 1. September 2008 als zusätzliche Einbürgerungsvoraussetzung in § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 7 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verlangt.

Allerdings löst der Einbürgerungstest ein falsches Signal aus. Damit wird die Latte für die Einbürgerung noch höher gelegt. Er ist insbesondere für jene Menschen sehr schwer, die nicht die deutschen Bildungseinrichtungen besucht haben. Dabei sind doch gerade Einbürgerungen der Ausdruck für gelungene Integration. Wer diesen Schritt macht, wendet sich unserer Gesellschaft und ihrer Ordnung zu. Integration kann nur gelingen, wenn möglichst viele dazugehören. Deshalb müssen wir für die deutsche Staatsbürgerschaft werben. Und nicht eine zusätzliche Hürde aufbauen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge daher beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Einbürgerungstest für das Land Bremen abzulehnen.

Sirvan Cakici ,Peter Erlanson, Monique Troedel und Fraktion DIE LINKE

Quelle: <http://www.linksfraktion-bremen.de/nc/buergerschaft/antraege/detail/artikel/einbuengerungstest-ablehnen/>